

Überprüfungsantrag ratsam

Behörden in Thüringen müssen Fehler bei „Abzweigung“ von Kindergeld korrigieren

Nach dem Urteil des Bundesfinanzhofs (BFH), dass Sozialleistungsträger in bestimmten Fällen nicht zur so genannten „Abzweigung“ von Kindergeld berechtigt sind – gerade auch nicht zu Lasten von Menschen mit Behinderungen – müssen nun die Behörden von Amts wegen die negativen Auswirkungen dieser bisherigen Praxis auf Betroffene korrigieren.

„Das betrifft neben den Sozialbehörden vor allem die Familienkassen, die über die ‘Abzweigungsanträge’ der Sozialbehörden entscheiden. Die Behörden müssen an betroffene Eltern die Korrekturen zu deren Gunsten weitergeben – auch mit Blick auf vorenthalte Leistungen in der Vergangenheit“, lautete jetzt die Forderung von Karola Stange, behindertenpolitische Sprecherin der LINKE-Fraktion. Sie kündigte an, dass sie auf parlamentarischen Wege eine Positionierung der Landesregierung zu dem Problem verlangen werde.

„Eigentlich hätte das zuständige Ministerium gegenüber den zuständigen Behörden schon entsprechend aktiv werden müssen, genügend Zeit dazu war seit dem Urteilsspruch“, gab Karola Stange zu bedenken. Der Bundesfinanzhof (BFH), also das oberste deutsche Finanzgericht, hatte vor einiger Zeit die Praxis der Sozialbehörden der „Abzweigung“ von Kindergeld für einen bestimmten Fall als rechtswidrig verboten.

Eltern behinderter Kinder haben Anspruch auf Kindergeld auch nach dem 25. Lebensjahr des Kindes, wenn sich ihr Kind nicht aus eigenem Einkommen selbst unterhalten kann. Im Einkom-

mensteuerrecht, zu dem das Kindergeld gehört, gibt es den Grundsatz, dass das Kindergeld an die Stelle ausbezahlt werden kann, die dem Kind Unterhaltsleistungen (zum Beispiel Grundsicherung) gewährt. Die Auszahlung des Kindergeldes an denjenigen, der tatsächlich Unterhalt leistet, nennt man Abzweigung.

Für den Fall, dass das der betroffene Mensch mit Behinderungen im Haushalt des Kindergeldberechtigten, z.B. der Eltern, lebt, darf nun der Sozialleistungsträger keinen solchen Antrag mehr stellen.

Position der Eltern gegenüber Sozialhilfebehörden gestärkt

Wie sich aus Antworten der Landesregierung an die LINKE-Fraktion zu dieser Thematik ergab, praktizierten in den vergangenen Jahren auch die meisten Kreise und kreisfreien Städte in Thüringen in erheblichem Umfang diese Vorgehen.

Das Urteil stärke die Position der Eltern gegenüber den Sozialhilfebehörden in den Fällen, in denen die Eltern ebenfalls Unterhalt für das behinderte Familienmitglied leisten. Die Sozialbehörden dürfen sich nicht als alleinige Unterhaltsleistende definieren und sich nicht mehr am Kindergeld zu Lasten der Familie bedienen, erläuterte die LINKE-Behindertenpolitikerin. „Das Urteil ist ein kleiner Schritt auf dem Weg zum eigentlichen Ziel, das Kindergeld – vor allem auch für sozial schwächer gestellte Menschen – ganz vor Anbzw. Gegenrechnung zu schützen. Die LINKE wird sich auch weiterhin für die Verwirklichung dieser Forderung einsetzen“, so Karola Stange.

Die LINKE-Abgeordnete rät Betroffenen, ggf. auch selbst aktiv zu werden und Anträge auf Überprüfung von Amts wegen zu stellen – auch mit dem Ziel auf Korrektur bzw. Rücknahme der Abzweigung für die Vergangenheit. Auch für Betroffene, die nicht unmittelbar von dem neuen Urteil betroffen sind, weil bei ihnen eine andere „Fallkonstellation“ der Abzweigung vorliegt, könne ein Überprüfungsantrag Sinn machen, dann nämlich, wenn die Eltern eigene „kindbezogene“ finanzielle Aufwendungen geltend machen könnten, z.B. für Medikamente, Behandlungen, Fahrkosten usw.

„Die zuständigen Thüringer Ministerien sollen im Rahmen ihrer Aufsichtsaufgaben dafür sorgen, dass die nachgeordneten Behörden zum einen das Urteil des BFH in vollem Umfang umsetzen (auch als Korrektur für falsche Bescheide aus der Vergangenheit) und dass bei der Frage der Abzweigung auch in den anderen Fällen die Entscheidungsspielräume in vollem Umfang zugunsten der betroffenen Leistungsbezieher, Menschen mit Behinderungen und ihre Familien bzw. Pflegepersonen, ausgeschöpft werden“, so die LINKE-Behindertenpolitikerin abschließend.

Sandra Steck

Sperrzeit-Regelung schreckt Gäste ab

Er frage sich, ob Behördenwillkür Vorfahrt vor Sachverstand habe, so Knut Korschewsky, tourismuspolitischer Sprecher der Linksfraktion, mit Blick auf die Diskussionen zu Sperrzeitregelungen auf dem Hohenwarte- und dem Bleilochstausee. „Wer solche durch nichts zu begründende Sperrzeitverordnungen für diese Stauseen festlegt und davon noch nicht einmal die Fahrgastschiffahrt ausnimmt, handelt fahrlässig und verantwortungslos.“ Der Abgeordnete verweist auf den Tourismus als einen wichtigen Wirtschaftsfaktor, der in den nächsten Jahren dringend weiter entwickelt werden muss. Dabei gebe es gerade in der Region des „Thüringer Meeres“ dringenden Nachbesserungsbedarf.

Online-Petition für wohnortnahe Hospizversorgung

Jährlich sterben über 6.500 Menschen in Thüringen allein an Krebs, während hierbei allein ca. 5.000 der Betroffenen sich in den Landkreisen verteilen.

Mit einer öffentlichen Petition möchte der Hospizaktivist Mark Castens dem demografischen Wandel aktiv begegnen und die Hospiz- und Palliativbewegung unterstützen. „Mit dieser Petition soll dem Thüringer Landtag verdeutlicht werden, dass die Bevölkerung eine wohnortnahe stationäre Hospizversorgung wünscht, an der es insgesamt mangelt und der Bedarf ohnehin nicht gedeckt werden kann bei 58 Hospizbetten in fünf stationären Hospizen in ganz Thüringen“.

„Insgesamt sterben in Thüringen jedes Jahr etwa 27.000 Menschen, tendenz stark steigend“, so Mark Castens, der sich für die Hospiz- und Palliativversorgung im Land einsetzt. Das Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit hält das Versorgungsangebot für ausreichend und verweist bislang auf nicht wissenschaftlich ermittelte Faustformeln, die keinen Bezug auf die Realität und

Wohnortnähe haben. „Die Politik muss erkennen, dass diese Thematik in der Gesellschaft angekommen ist und die Menschen am Ende des Lebens in der eigenen Heimat gut versorgt werden wollen, und zwar bis zum Schluss.“

Da nicht jeder anspruchsberechtigte Versicherte ambulant aus unterschiedlichsten Gründen versorgt werden kann, wie z.B. durch fehlende und/oder überlastete Angehörige, krankheitsbedingte Symptome bei den Betroffenen etc., sind stationäre wohnortnahe Hospize von Nöten, um eine adäquate stationäre Versorgung bis zum Schluss bieten zu können“, so Mark Castens. Unter den ersten Mitzeichnern befindet sich auch die Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages Kersten Steinke (Die Linke) aus Bad Frankenhausen.

Wer die Petition unterstützen möchte, kann diese noch bis zum 16. August mitzeichnen unter <http://www.petitionen-landtag.thueringen.de/petitions/77>

DAS LETZTE ...

von Stefan Wogawa

Es bleibt spannend

Mag sein, dass es Erlebnisse wie das folgende sind, die mich zur aktuellen Ausgabe meiner Kolumne motivieren: da mache ich das Bürofenster auf, denke an nichts Schlimmes – und es grinst mich Carsten Schneider an. Nicht direkt natürlich, sondern nur sein Wahlplakat. Denn Schneider (der die Ausstrahlungskraft eines mittleren Bankangestellten hat) kandidiert in Erfurt für den Bundestag. Für die SPD. Das ist zwar nur ganz klein auf das Plakat gedruckt, zählt aber wohl trotzdem...

Der Wahlkampf dreht sich diesmal, so mein Eindruck, hauptsächlich um Aussagen wie die, mit wem man nach der Wahl eine Bundesregierung bilden will – und vor allem mit wem man das ganz sicher nicht tun werde. Dabei ist es schon zu einer ganzen Reihe von Statements gekommen, so dass man leicht den Überblick verlieren kann. Deshalb hier eine Zusammenfassung:

Die SPD hat bereits angekündigt, sie werde nicht mit der Partei DIE LINKE koalieren, der SPD-Spitzenkandidat (ausdrücklich aber nicht die SPD als Partei) wird nicht mit der CDU koalieren, die Grünen wollen eine gemeinsame Koalition mit der SPD nicht von Linken und Piraten tolerieren lassen (auch die Linke hatte das zunächst ausgeschlossen, es dann aber wieder zurückgenommen), die FDP wird nicht mit SPD und Grünen koalieren.

Analysiert man diese Aussagen, bleiben nur wenige mögliche Szenarien übrig:

1. CDU, DIE LINKE und FDP. Höchst unsicher, da die FDP wahrscheinlich an der Fünf-Prozent-Hürde scheitert.

2. CDU und SPD. Geht nur, wenn die SPD eine Art „Endlager“ für ihren Kanzlerkandidaten findet (vielleicht in einem russischen Konzern?).

3. CDU und FDP. Siehe 1. Es wird also eng. Und bleibt spannend – oder?

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in **UNSERE NEUE ZEITUNG**.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.